

Anzug betreffend Vergabe zur zeitgemässen Betreibung eines Recyclingparks für die gesamte Basler Bevölkerung

23.5659.01

Der Kanton Basel-Stadt will in Sachen Nachhaltigkeit eine Führungsrolle einnehmen und engagiert sich entsprechend im Bereich Kreislaufwirtschaft und der Verminderung von Treibhausgasemissionen. Zudem ist ein ausgesprochenes Anliegen von Politik und Bevölkerung, als Stadt und Kanton ein attraktiver Wohnort mit einem zeitgemässen Dienstleistungsangebot zu sein. Dazu gehört auch die Möglichkeit, einfach und in der Nähe Abfälle dem Wertstoffkreislauf zuführen zu können.

Vor Kurzem wurde in einem Submissionsverfahren der Betrieb eines Recyclingparks für die Basler Bevölkerung an ein Unternehmen im Kanton Basel-Landschaft vergeben. Die Firma Lottner AG, die seit über 125 Jahren im Kanton Basel-Stadt existiert und seit mehr als 20 Jahren auf Kantonsgebiet, an der Schlachthofstrasse 18, einen grossen Recyclingpark betreibt, unterlag im Submissionsverfahren und verliert den Auftrag. Dadurch sind im Kanton auch niederschwellige Arbeitsplätze betroffen.

Durch diesen Vergabeentscheid wird die Möglichkeit der Bevölkerung, auf Stadtgebiet nah und zu günstigen Konditionen Materialien fach- und umweltgerecht zu entsorgen, gefährdet. Insbesondere Bewohnerinnen und Bewohner im Gebiet Basel West, aber auch von Kleinbasel, müssen künftig für die sachgerechte Entsorgung von Abfällen einen grossen Umweg auf sich nehmen und sind grundsätzlich auf ein Auto angewiesen. Das ist weder kundenfreundlich noch zeitgemäß und führt zu Mehrverkehr sowie zusätzlichen Treibhausgasemissionen. Gerade im Hinblick auf die gewünschte Entwicklung des neuen Stadtquartiers Lysbüchel wäre das Bereitstellen einer Entsorgungslösung vor Ort, die gross genug, durch den ÖV und mit MIV erreichbar ist, vordringlich. Fehlt das Angebot, besteht die Gefahr, dass wertvolle Materialien im Abfall landen und keiner Wiederverwertung zugeführt werden.

Sich der Kreislaufwirtschaft zu verschreiben sowie unnötigen Strassenverkehr und Treibhausgasausstoss vermeiden zu wollen und gleichzeitig einen Recyclingpark ausserhalb des Stadtgebietes zu fördern, steht in einem grossen Widerspruch. Auch dürfte der Kanton Basel-Landschaft wenig erfreut darüber sein, wenn verkehrs-, flächen- und emissionsintensive Tätigkeiten der städtischen Bevölkerung, die mit eher geringerer Wertschöpfung einhergehen, auf sein Kantonsgebiet verlagert werden.

Aus genannten Überlegungen ersuchen die Anzugstellenden die Regierung darum, zu prüfen und zu berichten, ob und wie für Bewohnerinnen und Bewohner im Kanton Basel-Stadt, insbesondere im Gebiet Basel West und allenfalls Kleinbasel, ein attraktives, genügend grosses, privatwirtschaftlich betriebenes und per MIV erreichbares Angebot zur fach- und umweltgerechten Entsorgung auf Stadtgebiet bereitgestellt werden kann.

Michael Hug, Luca Urgese